Johannes Wirkert (21) aus Grafenau bereut es nicht, auf die MS Linz gegangen zu sein und Gregor Gysi zu hören. „Für die Linke ist es wichtig, in Niederbayern Fuß zu fassen. Die Partei greift wichtige Themen auf.“

„Was ist das für eine unglaubliche Anmaßung, was ist das für eine Frechheit.“
Bundestagsfraktionschef Anton Hofreiter (44), Grüne, zu fehlenden Atommüllendlagern

Manfred Richthammer (38) aus Amberg-Sulzbach war mit seinen Begleitern von der „Freiwilligen Feuerwehr Thanheim“ in der Dreiländerhalle. „Die Plätze beim Aschermittwoch hat uns Seehofer versprochen.“

„Papst Gregor I. verdanken wir den Aschermittwoch. Papst könnte Gregor Gysi auch.“
MdEP der Linkspartei Thomas Händel (61)

Jochen Graebert, Korrespondent vom ARD-Hauptstadtstudio, sagt: „Die SPD wittert Morgenluft, das war heute zu spüren.“ Sein Fazit zur Rede von Martin Schulz: „Die Leute haben sich Europa gefallen lassen.“

„16 verschiedene Bildungssysteme in 16 Bundesländern, das gehört in die Zeit der Postkutschen.“
Linke-Fraktionschef Gregor Gysi (66)

ÖDP für grüne Gentechnik und Strompreisbremse

Den Umzug von Passau nach Landshut hat die ÖDP nicht bereut: Rund 100 Zuhörer hatten Landesvorsitzender Klaus Mrasek und seine Mitstreiter. Sie stellten sich nicht nur hinter ihr Konzept „100 Prozent Erneuerbare Energien“ und forderten eine Strompreisbremse, sondern schlugen auch scharfe Töne gegen die CSU an, die mit ihrem Filz die Politikverdrossenheit fördere und die Demokratie gefährde.

Unter dem Leitwort „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier“ stand der ÖDP-Aschermittwoch. Ihm wurde der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Sparda-Bank München, Günter Grzega, gerecht mit seinem – allerdings für die auf „leichte Politkost“ eingestellten Zuhörer nur schwer verdaulichen – Referat zum Thema „Casino-Kapitalismus und Profit-Maximierung – Gefahr für Demokratie und Gesellschaft“. Mrasek übte heftige Kritik am Kampf der Staatsregierung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die gleichzeitige Ablehnung neuer Windkraftanlagen, Speicherseen und Hochspannungstrassen durch Ministerpräsident Horst Seehofer und die Staatsregierung. Die ÖDP kämpfe für 100 Prozent erneuerbare Energien, für grüne Gentechnik und eine Strompreisbremse. – tl

„Schluss mit diesem Saustall“

Die Grünen klagten über die „verkommene politische Kultur in Bayern“. 150 Anhänger applaudierten ihnen – das waren weniger als in früheren Jahren.

Von Walter Schöttl

Ein Prosit auf ein „grünes Bayern“: Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (v. r.), Landtags-Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann, Landesvorsitzende Sigi Hagl, MdL Rosi Steinberger, Bundestags-Fraktionsvorsitzender Toni Hofreiter und MdB Thomas Gambke gönnten sich in Landshut eine Maß.

Weniger Anhänger als in den vergangenen Jahren konnten die Grünen bei ihrem Politischen Aschermittwoch in Landshut mobilisieren. Die gut 150 Zuhörer feierten aber Landesvorsitzende Sigi Hagl und Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Toni Hofreiter, die beide ihren Premierenauftritt hatten, mit lang anhaltendem Beifall. Beide kritisierten vor allem die „Blockadepolitik“ von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) in Sachen Energiewende und forderten mit Blick auf die Kommunalwahlen ein „grünes Bayern“.

Neben zahlreichen Anhängern der Bürgerinitiative „Stoppt B 15 neu“ und Gegnern der dritten Startbahn beim Flughafen München hatte sich als Überraschungsgast auch Ex-Bundesvorsitzende Claudia Roth eingefunden. Landesvorsitzende Hagl legte mit beißender Kritik in Sachen bayerischer Energiepolitik los. Da sei es bei der CSU mit der Kompetenz nicht weit her, „der wendige Horst (Seehofer) ist unberechenbar und schlägt schnellere Haken als jeder Feldhase“, wetterte sie. Die CSU drücke sich mit ihrem Nein zur Windkraft und zum Netzausbau, mit der Seehoferschen Blockadepolitik vor der Verantwortung. „Wir lassen uns die Energiewende nicht kaputt machen, dem Ausstieg aus der Atomkraft muss der Ausstieg aus der Kohle folgen. Wir wollen, dass die Energiewende in Bürgerhand bleibt“, sagte Hagl unter großem Beifall.

Wie ernst es die CSU mit der von ihr propagierten Koalition mit dem Bürger („Fragt sich nur, mit welchem Bürger“) meine, zeige sich beim Thema dritte Startbahn und dem Umgang mit dem Ergebnis der Bürgerbefragung. Die Niederlage vor Gericht sei dagegen keine Überraschung gewesen. Aber, so Hagl: „Die dritte Startbahn wird nicht juristisch, sondern politisch entschieden, wir werden vor Ort dagegen weiterkämpfen, dagegen, dass Natur einer unsinnigen Gier geopfert wird.“

Hagl kritisierte die Entwicklung in der Landwirtschaft – vor allem auch in Niederbayern – zu industriellen Produktionsstätten für Hähnchen und Ferkel. „Schluss mit diesem Saustall“, forderte Hagl einen Kurswechsel in der bayerischen Agrarpolitik, nötig sei artgerechte Haltung statt Massentierhaltung, die mit Landwirtschaft nichts mehr zu tun habe.

Gegen die „verkommene politische Kultur in Bayern“ wetterte auch Hofreiter, nannte als Beispiel den Miesbacher CSU-Landrat Jakob Kreidl und die Edathy-Affäre, wo er das Handeln von Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich als skandalös bezeichnete. Noch skandalöser sei es, wenn die CSU jetzt eine Kompensation für den Rücktritt fordere: „Was ist das für ein Rechtsstaatsverständnis?“

Linke: „Regierung versagt völlig in Sachen Ukraine“

Gregor Gysi sprach vor 400 Zuhörern auf einem Ausflugsschiff in Passau.

Von Stefan Rammer

Der Säbel liegt mir nicht“, sagt Gregor Gysi, der eingangs auch von der „bavarischen Toleranz“ schwärmt. Und in der Tat, der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion packt nicht die Keule, sondern das Florett aus und das führt er elegant auf dem Donauschiff „MS Linz“. Erstmals versammelt die Linke sich auf einem Schiff in Passau. 400 Anhänger der Partei sind dabei, und sie erleben einen gut gelaunten Vollblutrhetoriker, der eineinhalb Stunden ohne Manuskript frei ins Publikum redet und dieses eloquent auf alle von der Linkspartei beackerten Politthemen einschwört.

Im Vorbeigehen nur geht er auf CSU-Chef Horst Seehofer ein: Würde man ihm folgen bei „Wer betrügt, fliegt“, müsste man den „halben Bundestag heimschicken“. Und noch bevor Gysi sich der Großen Koalition widmet, erzählt er von seinem Engagement für SOS-Kinderdörfer. An sie würde die Diätenerhöhung der linken Bundestagsabgeordneten gehen, die die „GroKo“ sich so selbstherrlich genehmigt habe.

Der Bundesregierung wirft er „völliges Versagen“ im Ukraine-Konflikt vor. Die Außenpolitiker hätten sich nie mit der Ukraine beschäftigt, deren Geschichte, und der Bedeutung der Krim für Russland. Die Ukraine hätte eine Brücke werden können zwischen Europa und Russland. „Wie anders würde die Situation dann heute sein?“, so Gysi, der vehement dafür plädiert, Altkanzler Gerhard Schröder als Vermittler zu schicken, den Einzigen, zu dem Präsident Putin Vertrauen habe. „Ich sage an Putin: Es darf keinen Krieg mit der Ukraine geben.“

Gysi ließ auch in Sachen Afghanistan kein gutes Haar an den Akteuren. Was habe man den Bundestagsabgeordneten nicht alles versprochen. Alles würde besser werden am Hindukusch. Heute sei alles nur schlechter. „Jetzt wird mit den Taliban geredet, dass sie freiwillig wieder in die Regierung gehen. Der Fortschritt besteht darin, dass es jetzt mehr Gewalt in Afghanistan gibt als vorher.“

Die Innenpolitik kommt nicht zu kurz. Gysi schimpft Angela Merkel als Politikerin der Banker und Konzernchefs, geißelt die deutsche Wirtschafts- und Steuerpolitik. Er fordert einen „Marshallplan für Südeuropa“. Die großen Banken müssten verkleinert und wieder Dienstleister werden. Er verlangt gleichen Lohn für Frauen und Männer bei gleichwertiger Arbeit. Vor allem weiblich besetzte Berufe würden schlecht bezahlt. Dies müsse sich ändern: „Wenn Krippenstellen besser bezahlt würden, was glaubt ihr, wie schnell Männer ihre Liebe für das Wickeln entdeckten?“ Weitere Themen: die prekäre Beschäftigungslage, Leiharbeit, Mindestlohn, öffentliche Daseinsvorsorge, Europawahl.

BUND: Einsicht bei Staatsregierung kam zu spät

Der Politische Aschermittwoch der Umweltverbände findet traditionell erst am Abend statt. So sollten auch gestern in Plattling eigene Akzente gesetzt werden. Als Vertreter des BUND-Landesvorstands führte Dieter Scherf durch die Veranstaltung. An der Donau, so Scherf, habe die Staatsregierung anerkannt, dass eine Staustufenkanalisierung mehr schaden als nutzen würde. Die Einsicht sei für viele Bürger aber zu spät gekommen. Scherf: „Jahrzehntelanges Beharren auf widersinnigen Ausbauplänen und Vernachlässigen des erforderlichen Hochwasserschutzes hat zur Katastrophe geführt.“ Verantwortungsvolle Politik müsse Sicherheit und Wohl der Gemeinschaft, nicht den Profit einzelner Wirtschaftsunternehmen im Blick behalten. – oh

Bayernpartei will in Brüssel mitreden

Bei ihrer gestrigen Kundgebung im Vilshofener Wolferstetter-Bräu hat die Bayernpartei betont, sich für mehr bayerische Mitsprache in der EU, mehr Heimatpflege und weniger ausländische Berufszuwanderer einzusetzen. Die 5000-Mitglieder-Partei rechnet sich bei den Europawahlen im Mai Chancen aus, weil es keine Sperrklausel mehr gibt. Die Redner – Vorsitzender Florian Weber, Generalsekretär Hubert Dorn und Bezirksvorsitzender Anton Maller – erklärten den 150 Zuhörern in teilweise launigen und derben Reden, dass sie für eine Pkw-Maut, für ein einfacheres Steuersystem, für eine dezentrale Stromversorgung, gegen Gentechnik, gegen eine überdimensionierte Landwirtschaft und gegen Baustile sind, „die nicht zu Bayern passen“. – mm

Republikaner: Mehr Respekt für Familien

Rund 350 Gäste haben nach einer Mitteilung der Republikaner an deren Veranstaltung zum Politischen Aschermittwoch in Taufkirchen/Vils teilgenommen. „Wehrt euch, und gebt den Republikanern bei der Kommunalwahl in zehn Tagen eure Stimme“, erklärte der bayerische Landesvorsitzende Johann Gärtner. Bundesvorsitzender Rolf Schlierer sagte, die „Altparteien“ müssten einen Denkzettel bekommen. Der Taufkirchner Kreis- und Gemeinderat Martin Huber, Landratskandidat im Kreis Erding, forderte mehr Respekt für die Familien: Eine Mutter müsse ihr Kind selbst aufziehen können, das sei nicht die Aufgabe des Staats. Der Spitzenkandidat zur Europawahl, Hermann Mack, stellte sich vor und bedankte sich für die Unterstützung. – oh

NPD gegen „ausufernden Sozialtourismus“

Die bayerische NPD beging ihren Politischen Aschermittwoch in Deggendorf. Nach Teilnehmerangaben amüsierten sich die etwa 80 Gäste über „Bruder Braunabas“ (Sascha Roßmüller). Weitere Redner waren Bayerns Landesvorsitzender Karl Richter sowie Landesvize Sigrid Schüßler. Roßmüller nahm sich unter anderem das Thema Zuwanderung vor und sagte: „Früher suchte man sein Seelenheil auf Pilgerreisen, heute pflegt man lieber ausufernden Sozialtourismus.“ Landeschef Richter sprach über den „ganz alltäglichen Irrsinn im angeblich freiesten Staat auf deutschem Boden“. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte der zweimalige NPD-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, Frank Rennicke. – oh

AfD: GroKo = Großer Kokolores

Von Sepp Schiller

Als „Deutschlands kleinste Volkspartei“ hat sich die „Alternative für Deutschland“ (AfD) bei ihrem ersten Politischen Aschermittwoch im Donau-Center Schubert in Osterhofen präsentiert. Rund 800 Zuhörer waren gekommen, um die Statements der Spitzenkandidaten für die Europawahl, Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel, zu hören.

„Wir sind eine echte Bürgerbewegung“, verkündete eingangs der bayerische AfD-Europakandidat Dirk Driesang. Der 48-jährige Opernchorsänger aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck zitierte den CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch, der als Redenschreiber für die AfD der Regierung vorwerfe, „Politik gegen den wissenschaftlichen Sachverstand und gegen die Interessen der Bürger“ zu betreiben. Die Euro-Zone laufe Gefahr, in eine Schulden-Union abzudriften. Die AfD, so Driesang, zeige das „unerhörte Verhalten der gewählten Volksvertreter“ auf und betrachte den Vorwurf des Populismus in diesem Zusammenhang als Auszeichnung.

Die AfD wolle einen neuen „Weg der Mitte und Vernunft“ weisen. „Europa kann man nicht erzwingen, es muss wachsen“, betonte Driesang. Europa könne zwar ohne die „unehrliche und grundfalsche Währung“ des Euro existieren, aber nicht ohne Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft und echte Solidarität der Nationen untereinander. In souveränen Nationalstaaten erkennt Driesang „das beste Gefäß für die Demokratie“. Mit ihrer Politik würden „die Merkels, Schäubles und Junckers dieser Welt“ Europa nur schaden.

Die AfD-Spitzenkandidaten Bernd Lucke (links) und Hans-Olaf Henkel.

Mit doppeldeutigen Wortspielereien wartete AfD-Bundessprecher Bernd Lucke auf. Er berichtete, wie er bei der Anfahrt auf der Autobahn von „Crazy Horst“ Seehofer scharf rechts überholt worden sei. Der bayerische Ministerpräsident sei ein „Slalomfahrer wie aus dem Bilderbuch“, und an der CSU sei „nichts so charakteristisch wie ihre Charakterlosigkeit“. Die CSU kranke an den Widersprüchen ihrer Euro-Rettungspolitik, und aus Angst vor der AfD habe man nun Peter Gauweiler als „Pin-up-Girl für die heimlichen Fantasien frustrierter CSU-Wähler“ installiert.

Die Bezeichnung „GroKo“ übersetzte Lucke mit „Großer Kokolores“. Früher habe das Erreichte gezählt, für die Große Koalition reiche offenbar das Erzählte. Er warnte vor einem „Über-Staat“ durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der mit seinem 700-Milliarden-Budget bürokratisch nicht kontrolliert werden könne und dessen Beschäftigte bei Verfehlungen immun gegen Restriktionen seien. Die Bankenunion sei eine gewaltige Institution, die ohne parlamentarische Kontrolle agiere, um Bankschulden zu vergemeinschaften.

Die Rente mit 63 hält Lucke für „ungerecht und undurchdacht“, die Mütterrente sei dagegen auch zur Altersvorsorge sinnvoll. Im Fall Edathy forderte er die SPD-Politiker Gabriel und Oppermann auf, zurückzutreten. Es sei nicht hinzunehmen, dass nur auf Seiten der CSU Köpfe rollten.

„Scheitert der Euro nicht, scheitert Europa“, stellte auch Hans-Olaf Henkel fest. Die AfD sei für das Prinzip der Subsidiarität, nach dem Aufgaben so weit wie möglich selbstbestimmt, eigenverantwortlich und auf unterster Ebene zu lösen sind. Die AfD sei für ein Europa der Vaterländer und gegen einen europäischen Zentralstaat. Henkel forderte ein Europa der Vielfalt und kein Europa der Einfalt und Gleichmacherei.

Zum Thema Zuwanderung stellte der ehemalige Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) und IBM-Manager fest, dass 87,5 Prozent der AfD-Mitglieder für ein offenes, ausländerfreundliches Europa der Freizügigkeit einstehen und die Partei als einzige ein Recht auf Arbeit für Asylbewerber fordert.